

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., im voraus zahlbar, von der Spedition folgt abwärts 7.— M. für Postweg mehrere monatliche Postämter bezugsfähig. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 16.— M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9768.

Die schlagfertigste Konparativliste oder deren Name kostet 1.— M., einschließlich Zustellung. Keine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Familien- und Stellenanzeigen 2,25 M. netto, von Seite. Stellenanzeigen in Wortanzeigen: das freigelegte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, Nachhandlung Zentrum 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Offener Verfassungsbruch der Reichsregierung.

## Umfall der Rechtssozialisten. — Die Nationalversammlung deckt den Verfassungsbruch.

## Beamtentum und Arbeiterschaft.

Das Unglaubliche, das Ungeheuerliche ist Wahrheit geworden, die Reichsregierung scheint sich wenige Tage vor den Wahlen nicht, einen Beschluß der Nationalversammlung kalt-lächelnd zurückzuweisen, und damit offen darzutun, daß sie gar nicht daran denkt, die „Demokratie“ zu achten, wenn sie ihr nicht paßt. Gestern bereits war allen parlamentarischen Kreisen klar, daß infolge der Erklärung des Ministers Koch, die Regierung wolle die Verantwortung für die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht übernehmen, und infolge des Beschlusses der Nationalversammlung den Belagerungszustand sofort aufzuheben, der Regierung nichts übrig blieb, wenn sie die Verfassung achten wolle, als unter Beseitigung des Ministers des Innern den Ausnahmezustand sofort aufzuheben.

Selbst der „Vorwärts“ erklärt in seiner heutigen Morgenausgabe: „Nach der Verfassung muß auf Verlangen des Reichstags die Verhängung des Ausnahmezustandes aufgehoben werden. Es wäre müßig darüber zu streiten, ob das „Erfuchen“ des unabhängigen Antrages dem „Verlangen“ der Reichsverfassung gleichzusetzen ist. Tatsache ist, daß eine Mehrheit der Nationalversammlung die Aufhebung des Ausnahmezustandes noch vor den Wahlen wünscht und diesen Wunsch durch förmlichen Beschluß zum Ausdruck gebracht hat. Daraus ergibt sich, daß nach der Verfassung die Regierung verpflichtet ist, alle Bestimmungen außer Kraft zu setzen, die auf Grund des Ausnahmezustandes erlassen sind.“ Heute morgen also noch teilte der „Vorwärts“ völlig unsere Ansicht. Er erklärte weiter, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes den Forderungen der Demokratie widerspricht.

Aber schon gestern munkelte man, daß die Regierung beabsichtige, nach der Methode des Herrn v. Bethmann Hollweg, wie ich es aussäße, an dem Beschluß der Nationalversammlung so lange zu drehen und zu deuteln, bis sie sich von der Ausführung freigeredet hätte.

Heute nun gab in der Nationalversammlung im Namen der Reichsregierung der Minister des Innern Koch, eine gewundene Erklärung ab, in der er sich im Schwelbe seines Angesichts quälte, der Deffentlichkeit klar zu machen, daß der Beschluß der Nationalversammlung eigentlich die Aufhebung des Belagerungszustandes bedeuten sollte. Konzessionen und Konzessionen wurden zugesagt, aus denen fast kreischend die Angst klutzte, mit der die Regierung um ihre jetzige Position bei den Wahlen bangte. Selbst ein hervorhebender Putz reaktionärer Kreise mußte dazu herhalten, um den Anhängern der Regierung die Weigerung der Reichsregierung schmachhaft zu machen. Gotha und das Ruhrgebiet wurden wieder herbeigezogen, und taufend und zehntausend berührte der Minister die Frage des jaherischen Ausnahmezustandes.

Ein Proteststurm der Nationalversammlung hätte diesen Ausführungen des Reichsministers folgen müssen. Aber das stehende Haus blieb still. Als gestern die Genossin Fieh für Gerechtigkeit und geschichtliche Wahrheit sich einsetzte, wollte das Loben kein Ende nehmen. Heute fand außer dem Genossen Senke niemand auch nur das leiseste Wort des Protestes für die Ungeheuerlichkeit des von der Regierung vollzogenen Verfassungsbruchs. Die rechtssozialistischen Minister, die sich von ihren bürgerlichen Kollegen, vor allem von Herrn Koch und den Unterstaatssekretären Sewald und Albert hatten entwickeln lassen, sie hatten nicht einmal das Gefühl der Scham, mit dem offenen Verfassungsbruch vor die Nationalversammlung zu treten. Denn sie wußten inzwischen, daß die Fraktion der Rechtssozialisten sich heute morgen mit der Erklärung der Regierung einverstanden erklärt hat. Die Rechtssozialisten, die gestern an der Wahlmode willen die Aufhebung des Belagerungs-

zustandes gefordert hatten, die heute morgen noch durch den „Vorwärts“ erklärt hatten, daß die Regierung verpflichtet sei, den Belagerungszustand nach den Bestimmungen der Verfassung aufzuheben, sie fielen um, kein Wort des Protestes gegen die Erklärung der Reichsregierung erhob sich aus ihren Reihen. Verlegen schwiegen sie zu dem offenen Verfassungsbruch und verlogen wird auch heute abend der „Vorwärts“ stummeln. So mehr, die Rechtssozialisten verweigerten ihre Unterschriften für den Antrag unserer Fraktion, der den Verfassungsbruch der Regierung feststellen und ihr das Mißtrauen der Nationalversammlung ausstellen sollte. Schweigend ging die Nationalversammlung über die Vergeßlichkeit der von ihr so hochgepriesenen Demokratie, über die Mißachtung der Verfassung durch die Regierung zur Tagesordnung über. Regierung, Nationalversammlung und vor allem die Rechtssozialisten haben mit diesem Verhalten sich selbst ihr Urteil noch rechtzeitig vor den Wahlen gesprochen.

Unantastbar stehen die drei Tatsachen fest und keine noch so geschickten Wahlreden vermögen sie aus der Welt zu schaffen: die Regierung hat ohne Gewissensbisse die Demokratie in dem Augenblick mißachtet, in dem sie gegen sie entschied, hat einen Beschluß der Nationalversammlung, die Bestimmungen der Verfassung nicht ausgeführt, weil die Ausführung ihr un bequem war, und sich somit vor aller Welt der Verletzung der von ihr so hochgepriesenen demokratischen Grundsätze und des schändlichen Verfassungsbruchs schuldig gemacht. Nicht nur die Regierungsparteien, die gesamte Nationalversammlung, mit Ausnahme unserer Parteigenossen, hat dies Verhalten der Reichsregierung geduldet und sich dadurch mit schuldig an dem Vergehen der Reichsregierung gemacht.

Die Rechtssozialisten aber haben die schlimmste Selbstverhöhnung vollzogen, die je eine politische Partei begangen hat, sie haben heute dafür Sorge getragen, daß ihr gekrüger Beschluß nicht zur Durchführung gelangte.

Die Wählerschaft, die gesamte Arbeiterschaft, das deutsche Volk, sie werden nicht verschonen, der Regierung, den bürgerlichen Parteien, und vor allem den Rechtssozialisten die Quittung auf diese Taten bei den Wahlen zu geben.

Es entsprach zum Schluß nur der Würdelosigkeit dieses Hauses, daß es den Deutschnationalen in der Tat gelang, die Annahme des Gesetzesentwurfes, der die Militärgerichtsbarkeit beseitigen soll, zu verhindern. Als beschlußunfähig scheidet diese Nationalversammlung aus dem Dasein. Auf diese Weise selbst noch zum Schluß ihre während ihrer ganzen Lebensdauer bestehende politische Unfähigkeit dokumentierend.

### Das Großkapital erwürgt die Pressefreiheit.

T. U. Köln, 21. Mai.

Die „Kölnische Volkszeitung“, eines der Hauptorgane der Zentrumspartei, ist gestern in den Besitz der Kölner Eisenfirma Otto Wolff u. Co. in Köln übergegangen. Hinter der ein Bankenkonzern der Kölner Großbanken steht, die diese Zeitung in eine Aktiengesellschaft umwandeln wollen. Als Kaufsumme werden 8 Millionen Mark genannt. Die bisherigen Verleger J. P. Wagem führen lediglich die Druckerei weiter. Daselbstige Konjunktur mit der Fa. Wolff hat auch das „Kölnische Tageblatt“ mit der Kölner Verlagsanstalt erworben und die alten Aktien, soweit gesetzlich, aufgelöst. Eine Kapitalerhöhung von 1,2 Millionen Mark soll das Unternehmen auf eine bessere Grundlage stellen.

Wenn man schon von einem entscheidenden Erfolg des großen, durch den Rapp-Putz ausgelösten Generalstreiks sprechen will, so darf man ihn nicht in den Veränderungen in der Regierung und noch weniger in den Versprechungen und Handlungen der neuen Regierungsmänner im Reich und in Preußen suchen, wenn man nicht bitterer Enttäuschung zum Opfer fallen will. Gibt es überhaupt einen Erfolg der Bewegung, so liegt er in der gewaltigen Steigerung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse und in ihren mittelbaren Wirkungen auf die zukünftige Politik des Reiches und der Staaten. Er liegt ferner darin, daß dieser Generalstreik zum ersten Male in Deutschland den Aufmarsch aller Schichten des Proletariats in einer Frontlinie brachte: die Arbeiterschaft stand neben den organisierten Heereskräften der Angestellten und Beamten.

Wir wissen, daß es nicht aus vollkommener Übereinstimmung über alle Fragen der politischen Lohnt und des politischen Zieles des Gesamtproletariats geschah; aber diese Einheit für den Augenblick bleibt trotzdem ein Ereignis, das nicht ohne Wirkung über den Augenblick hinaus bleiben wird, wenn es die führenden Schichten der Klassenbewußten Arbeiterschaft verstehen, die neue Stimmung in den weniger fortgeschrittenen Gruppen mit Geschick zu pflegen und auszunutzen.

Wir wissen auch, daß jene Heereskräften der Angestellten und Beamten bei weitem noch nicht so zuverlässig sind, wie die Massenbataillone der Arbeiterschaft, sondern noch mancherlei Spuren von Bräutigkeit aufweisen. Besonders in der Beamtenenschaft haben die Märzereignisse den dürftig vererbten Spalt zwischen den höheren, verantwortlichen und den — um einen alpreussischen Amtsausdruck zu gebrauchen — subalternen Beamten weit aufgetan. Wir haben über den Sturm, den das nationalsozialistische, mit Rapp geheim und ungeniert sympathisierende obere Beamtentum, unterstützt von höheren Mittelbeamten, nach dem Abschluß des Streiks gegen die Leitung des Deutschen Beamtenbundes lief, berichtet. Der bevorstehende Beamtenkongress wird zeigen, daß die Mehrheit der Beamten die Handlungen der Bundesleitung deckt; aber damit ist der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen des Beamtentums nicht beseitigt.

Die Ursachen für diesen Gegensatz liegen tiefer. Den Anlaß zu jenem Vorstoß des reaktionären Beamtentums gab nicht so sehr der Generalstreik selbst, nicht die Bewegung zum Schutze der Regierung Bauer gegen Rapp und Lüttich, sondern die Aktion, die zum Sturz dieser Regierung der selbstgeschaffenen Dummheit führte und die neue Regierung auf die Durchführung der bekannten acht Punkte zu verpflichten — versuchte. Unter diesen acht Punkten befindet sich die Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung in allen ihren Zweigen — und das ist es, was die höheren, sogenannten verantwortlichen Beamten wie einen Dorn im Auge empfinden. Denn diese Forderung trifft sie selbst unmittelbar und ihre Bewirkung würde ihre Machtstellung gegenüber der Masse der niederen Mittelbeamten und der Unterbeamten brechen.

Diese Machtstellung, die auch den Vorteil einer größeren wirtschaftlichen Sicherheit mit sich bringt, beruht darauf, daß in der Verwaltung auch heute noch die Gewohnheiten der alpreussischen Kaserne das Verhältnis zwischen dem oberen Beamten — dem gottgewollten hohen Vorgesetzten — und dem Subalternbeamten — dem demütigen Untergebenen — bestimmen. Die von der Masse der Beamten vertretene Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung aber findet ihre konkrete Form in dem Anspruch der unteren und mittleren Beamten auf bestimmende Mitwirkung der Beamten bei der Verrichtung der Ministerien und verantwortlichen Stellen.

Eine solche Forderung steht den „wohlverstandenen“ Interessen des gegenwärtig lebenden Schlanges der leitenden Beamten unvereinbar gegenüber. Sie bahnt den strebenden und intelligenten Elementen den Weg nach oben, sie macht gebundene Kräfte frei und schafft damit den leitenden, „verantwortlichen“ Herren der Amtshuben, die ihre Anwartschaft auf diese Posten mühsam auf Schulbänken ertönen, in einer Serie von Examina erkaufen oder

durch alte Verbindungen erworben haben — wie man gegenwärtig frische Butter erwirbt — unangenehme Konkurrenzen. Sie setzt an die Stelle der Berufung des Vorgesetzten durch den noch höheren Vorgesetzten die Wahl des leitenden Beamten aus der Masse der Kollegen durch die Kollegen und verändert damit die Stellung des Leitenden zu dem — im besten Sinne des Wortes — Dienenden aus einem Arbeitsverhältnis in ein kollegiales Verhältnis. Womit nicht gesagt ist, daß Autorität und Unterordnung im Dienstverhältnis aufhören, nur daß beides nicht mehr auf der Macht des einen und der Untertänigkeit des anderen Teiles, sondern auf der Anerkennung und Achtung vor dem selbstgewählten Leiter und auf der freien, vom Interesse an Gesamtwohl diktierten Disziplin der Masse der Beamten beruht.

Ein Gesetz, das eine solche Verfassung der Verwaltung herbeiführen würde, wäre der Totenschein für die gegenwärtig herrschende Generation der höheren Bürokratie. Und darum gilt dieser Forderung der erbitterte Kampf der oberen und leitenden mittleren Beamten.

Die Position des oberen Beamtentums in diesem Kampfe ist außerordentlich günstig, weil es sich im Bunde mit der Regierung befindet. Die gegenwärtige Stellung des leitenden Beamtentums ist die sicherste Gewähr, ist der Grundpfeiler der Staatsautorität im Sinne des kapitalistischen Klassenstaates. Die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates kann diese Staatsautorität nicht opfern, wenn sie nicht zugleich die Autorität des Unternehmertums im Wirtschaftsleben preisgeben will. Beides ist grundförmlich eins, beide Erscheinungen sind Ausdruck eines Prinzips: des Grundgesetzes der gottgewollten Abhängigkeiten der Masse der Besitzlosen von der Macht der Besitzenden, mag der Besitz nun in der Verfügung über große Kapitalmassen, im Privilegium auf ein höheres Wissen oder im Vorrecht auf einen maßgebenden Bürokratenposten bestehen. Darum bedient sich die kapitalistische Regierung des Widerstandes der oberen Beamten gegen die Demokratisierung der Verwaltung, um einen Vorwand für die Nichterfüllung dieser Forderung zu finden. Alle ihre Reformversuche in der Verwaltung sind Halbheiten, sind Täuschungsversuche.

Hier, wo die demokratischen Formeln Kraft und Leben bekommen könnten, hört die Demokratie auf. Und die Parteien, die die Demokratie auf allen Märkten der Wahlbewegung laut im Munde führen, sind der Konsequenz des demokratischen Gedankens nicht minder feindlich gesinnt, als die offenen Feinde jeder Demokratie. Die demokratische Partei steht bei dem Gegenlat innerhalb des Beamtentums offen auf der Seite der oberen Beamten. Sie sieht in dieser Gruppe und in ihrer gegenwärtigen Stellung in den Ämtern den besten Hort der stillen und schleichen Verwaltungsreaktion, die sie, die Partei der kapitalistischen Restauration, als Gegengewicht gegen die lärmende Demokratie der Parlamente brandt. Mitbestimmung der arbeitenden Massen ist der Partei der Finanz- und Schlotaristokratie ein Grauel, im Wirtschaftsleben wie in der Verwaltung. Von ihrem Einfluß können die Beamten die Verwirklichung ihrer Forderung ebensowenig erwarten, wie vom Zentrum oder von den Parteien der offenen Reaktion.

Aber auch die Rechtssozialisten können als die Verbündeten der kapitalistischen Bourgeoisie, als Mitbeteiligte an der Wahrung der Staatsautorität alten Stils die Forderung der Beamten nicht mit jenem Nachdruck vertreten, der notwendig ist, um die starken Widerstände zu überwinden. Waren sie doch noch einmal imstande, ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angehörigen auch nur in den beschränktesten Betriebsangelegenheiten durchzusetzen. Daraus ändern auch die klingenden Worte und getwundenen Reden nichts, mit denen die

Rundgebung des Beamtenausschusses der S. P. D. veröffentlicht im „Vorwärts“ vom vorigen Freitag, über das Kernproblem des Beamtenrechts, die Verwaltungsdemokratie, hinwegstolpert. Der Aufruf behauptet, der Beamtenschaft seien seit der Revolution weitgehende, in der Verfassung sichergestellt Rechte „zugefallen“, das Beamtenrecht sei besonders „in Bezug auf die persönliche Freiheit und den Ausstieg aller Befähigten bedeutend erweitert“. Das alles soll nicht sein in Preußen, wo noch einmal das Streikrecht der Beamten zweifelsfrei sichergestellt ist. Daß die Beamtenschaft selbst von diesem gewaltigen Zuwachs an Rechten nichts weiß, wird dadurch bewiesen, daß die Forderung des Mitbestimmungsrechts der Beamten noch immer im Mittelpunkt der Beamtenforderungen steht. Sie wird verwirklicht werden sollen durch ein Gesetz über Beamtenräte, das ebenso aussehen wird, wie das Betriebsrätegesetz. Das Ungeheuer wirkt seine beängstigenden Schatten bereits voraus.

Wer sich verlesen läßt, von den Fleischtopfen der kapitalistischen Bourgeoisie zu essen, der stirbt daran. Das hat sich bei den Rechtssozialisten bewahrheitet, und darum mögen sich die Beamten vor dem gleichen Schicksal hüten. Sie können die Kardinalforderung ihres Programms, die Demokratisierung der Verwaltung, nur durchsetzen, wenn sie den Bund mit der Klassenbewegten Arbeiterkraft nicht verlegen, um dem Machtbegehren der höheren Bürokraten Rechnung zu tragen, sondern befestigen. Den Ruf des revolutionären Proletariats nach dem Recht auf Mitbestimmung auf die Wirtschaftsverfassung müssen sie als Parallelerforderung zu ihrer eigenen Forderung merken. Beides zusammen bildet als Ganzes die Lebensfrage des Proletariats als Klasse. Die Reichstagswahlen bieten die Gelegenheit zur Befestigung des Bundes zwischen Klassenbewegten Arbeitern und Beamten, der einzigen natürlichen Koalition, die für die Beamten in diesem Wahlkampf, vielleicht dem für das Schicksal ihrer Hauptforderung entscheidenden, möglich ist. Wählen sie Angehörige der Regierungsparteien, so wählen sie die Meher der Verwaltungsdemokratie. Wählen sie Unabhängige Sozialdemokraten, so senden sie Vertreter ihres wichtigsten Programmpunktes ins Parlament, die in ihren Forderungen und Entschlüssen durch keinerlei reaktionäre Rücksichten auf die gellende Staatsraison gebunden sind.

## Arbeitslosengemeisel in Hamburg.

Drei Tote und zehn Verwundete.

Nach Wolff-Meldungen und einer Drabtnachricht des „Vorwärts“ ist es gestern in Hamburg zu höchst bedauerlichen Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und Sicherheitspolizei gekommen. Der revolutionäre Aktionsausschuß der Erwerbslosen, der bereits wiederholt Demonstrationen veranstaltet hatte, hatte wiederum zu Demonstrationen aufgefordert. Es kam zu Zusammenstößen mit der alarmierten Sicherheitspolizei, die, nachdem angeblich zwei Beamte durch Messerstücke verwundet waren und sie keinen Ausweg mehr sah, erst Schreckschüsse und dann scharf Feuer gab. Es sind drei Tote und zehn Verwundete zu beklagen.

Wir kennen weder die Urheber der Demonstration noch ihre Absichten. Aber nach allen bisherigen Erfahrungen haben wir den Verdacht, daß auch hier wieder leichtfertig von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden ist. Demonstrationen verlaufen stets ruhig, wenn die Polizei von der Straße wegsieht.

Wohnsteigerungen oder Unterstützungserhöhungen sind zwecklos, da man Papiergeld nicht essen könne, dediziert Herr Gotthelm, wie wir an anderer Stelle bemerkten. Also versucht man Arbeitslose durch Flintenkugeln satt zu machen.

## Gefahr im Verzuge!

Putschvorbereitungen im ganzen Reich.

Wir haben in unserer Donnerstag-Morgenausgabe festgestellt, daß in Baderborn unter dem Namen „Frontbund“ eine neue militärische Organisation gegründet worden ist, die sich zum Ziele gesetzt hat, die Auflösung der Freikorps mit allen Mitteln zu verhindern. In der Tagung nahmen über 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teil, darunter eine große Anzahl von Offizieren. Ein paar Tage später haben in Münster und in Hamm neue Besprechungen stattgefunden. Der „Vorwärts“ veröffentlicht darüber einige Dokumente, aus denen wir erfahren, daß die Organisation von gewissen militärischen Kommandostellen zielbewußt gefördert wird. So hat das Artillerieregiment Nr. 7 in Osnabrück zu der Besprechung in Münster einen Oberleutnant und für jede Batterie je einen Unteroffizier und zwei Mann abkommandiert. Durch einen Brigadebefehl von Münster, für den Generalmajor v. Wehbel verantwortlich zeichnete, wurde sogar der Besuch der Tagung von Hamm am 17. Mai allen westfälischen Formationen zur Pflicht gemacht und den Vertretern die Kosten der Tagung nebst Spesen aus der Reichskasse erstattet. Der Frontbund arbeitet ganz offen auf einen neuen Putsch hin. In Bayern, Pommern, Ostpreußen werden ähnliche Vorbereitungen getroffen. Und wie es in Schlesien aussieht, darüber mag folgender Bericht des „Berliner Tageblatt“ aus Breslau Auskunft geben:

In einer Versammlung von Vertretern der Regierungsparteien und deren Presse, welche heute (am Donnerstag) abend im Gewerkschaftshaus stattfand, machte der sozialdemokratische Stadtrat Frosch die Mitteilung, daß seit fünf Wochen rund um Breslau neue Truppensammlungen stattfänden, so daß die Stadt jetzt völlig zernichtet sei. In Gortowitz seien erst gestern zwei neue Infanterieregimenter eingetroffen. Auch die Freikorps Gasse und Gauschen befänden sich dort. In Wobau liegt das Freikorps Kubok, das man längst aufgelöst wachte, zum Teil in Biber. Ueber Waffen verfähre man reichlich. Der Schlesische Landbund habe im Vincenz-Haus mehrfach hinter verschlossenen Türen getagt und den Nationalen Soldatenbund hinzugezogen. Heute mittag habe eine neue Tagung stattgefunden, in welche sich zwei Sozialdemokraten eingeschleichen vermochten. Herr v. Richtofen (Wogulawitz) habe in dieser Versammlung ausgeführt, Hauptache sei, daß jeder eine Platte habe, und zwar möglichst eine Schrottplatte, damit kein Schuß fehlergehe. Dr. Krüger erklärte, daß die Organisation, an der man arbeite, auch in der Provinz gute Fortschritte mache, und in Breslau nahezu vollendet sei. Diese Organisation sei eine notwendige, da man wisse, daß bei ungünstigem Wablauf eine geheime rote Armee von etwa 11 Kompagnien und die Arbeiterwehr den Bürgerkrieg entfesseln wolle. Das gleiche müsse von Seiten der Rechtsparteien geschehen, wenn die Wahlen gegen sie sprächen. Nach der Bekanntgabe von Namen verschiedener Kommissionsmitglieder wurde die Versammlung von der inzwischen benachrichtigten Polizei aufgelöst und die Akten beschlagnahmt.

Daß irgendwo eine geheime „rote“ Armee besteht, ist natürlich gelogen. Aber daß die rechtsstehenden Parteien zusammen mit den konterrevolutionären Freikorps und den verschiedensten Balkumformationen über kurz oder lang einen neuen Putsch unternehmen werden, ist eine Tatsache, die gar nicht ernst genug genommen werden kann, wie auch folgendes Privattelegramm aus Breslau bestätigt:

Breslau, 21. Mai.

Am letzten Donnerstag ist in dem Versammlungssaal Winkgenhaus in Breslau von Sicherheitsstruppen ein Rest der Rechtsputschisten ausgehoben worden. Bei verschiedenen Führern sind Aktenbestände beschlagnahmt worden, aus denen hervorgeht, daß dieser Putsch auch vor den Wahlen geplant war. Reichwebrückoffiziere spielten dabei eine große Rolle. Hauptmann Kühne, der im Ruhrgebiet eine blutige Rolle gespielt hat, ist ebenfalls mit beteiligt. Breslau ist wieder stark mit Truppen besetzt.

## Das unterbrochene Gesprächsbuchblatt.

Von Rasper Hauser.

... hat das Stahlbad des Krieges dem deutschen Volk besonders wohl und not. Die sittlichen Faktoren des preußischen Militarismus drangen in die weitesten Volksschichten — niemand konnte sich ihnen entziehen, auch den Kleppeln und den Strichen. Hoch und niedrig wurde dieser ausgezeichneten spartanischen Erziehung teilhaftig: Sauberkeit, Pünktlichkeit und absolute Gehorsam, dabei doch edelste Mannhaftigkeit, drangen...

Der Unteroffizier: Gutenhalt!  
Der Ruschlot: Jawohl!  
Der Unteroffizier: Wie heißt das?  
Der Ruschlot: Jawohl, Herr Unteroffizier...  
Der Unteroffizier: Wohl! Wohl! Wohl! Wenn ich dir rufe, dann haste zu sagen: Herr Unteroffizier! Was ist das?  
Der Ruschlot: Jawohl, Herr Unteroffizier.  
Der Unteroffizier: Gutenhalt!  
Der Ruschlot: Herr Unteroffizier!  
Der Unteroffizier: Komm mal her! Was ist das?  
Der Ruschlot: Ein Kaffeebrot, Herr Unteroffizier!  
Der Unteroffizier: Schatz! Das seh ich alleine! Was ist das noch?  
Der Ruschlot: ...  
Der Unteroffizier (lacht ihm eine): Das ist — so ein Kaffeebrot! — das ist Deinem Herrn Unteroffizier sein Kaffeebrot! Was ist das?  
Der Ruschlot: Das ist meinem Herrn Unteroffizier sein Kaffeebrot!

Der Unteroffizier: Was hast Du heute abend zum Kaffeebrot gegessen?  
Der Ruschlot: Marmelade, Herr Unteroffizier!  
Der Unteroffizier: Gut, mein Sohn. Das ist eine schöne Abkühlung fürs Feld. In einem Monat kommste raus. Sollst mal sehen — Bomben und Granaten fliegen da nur so rum. Mir hat's mein Bruder erzählt, der war draußen. Ich darf ja leider nicht mehr raus — ich bin schon zu alt. Aber was hast du noch?  
Der Ruschlot: Herr Unteroffizier!  
Der Unteroffizier: Kriech mal unterm Bett und sag dreimal: Kuck! — Kuck! — Kuck! —  
Der Ruschlot (kriecht). Als er sah gang unterm Bett verschwand, erschien der Leutnant im Zimmer.)  
Der Unteroffizier: Achtung! Stufe belegt mit einem Unteroffizier und achtundzwanzig Mann.  
Der Leutnant: Wo sind die Leute?  
Der Unteroffizier: Kaffee lassen, Herr Leutnant.  
Der Ruschlot erscheint, total blaß.)

Der Leutnant: Was ist das?  
Der Unteroffizier: Hüßler! Gutenhalt, Herr Leutnant.

Der Leutnant: Was mach der Mann unterm Bett?  
Der Unteroffizier: Er... er sucht seine Stiefel, Herr Leutnant.

Der Leutnant: Warum sind Sie nicht mit zum Kaffeempfang?  
Der Ruschlot: Der Herr Unteroffizier hatten mich zur Strafe hier behalten.

Der Leutnant: Und da verliert der Kerl noch seine Stiefel? Schreiben Sie den Mann auf, Unteroffizier — drei Tage Mittel.

Der Unteroffizier: In Befehl, Herr Leutnant! — drangen auf diese Weise ins Volk, härteten ab und ergaben gleichermahen. Die Liebe zur Wahrheit, die deutsche Charakterstärke und die Offenheit des Sinnes — sie sind im deutschen Heere stets gepflegt und großgezogen worden.

Wacht unser deutsches Volk doch erwiesen, wieviel Segen ihm aus dieser Armes stets geflossen ist und noch fließend fließen werde!

Das war's Gott!

## Rollands fröhliches Buch.

Der französische Dichter Romain Rolland hat sich in seinem fröhlichen Buch „Meister Breugnon“ von dem schweren Schaffensdruck erholen wollen, der auf ihm lastete, als er den gewaltigen Kulturroman „Johann Cristoph“ Jahre hindurch schrieb. Aus seiner burgundischen Heimat erwich ihm die Gestalt des aufrechten Bürgers und Holzschneiders Colas Breugnon. Der hat eine Weimase und ist ein lustiger Kumpan. Aber er ist doch im Innersten ein Landsmann des Dichters Rolland, Blut von seinem Blut, sein fröhlicher Urahn, der seine Geschichte zur Belustigung seiner selbst erzählt und dabei in aller Heiterkeit seines Lebens das Leben als ein gemütlicher Revolutionär gestaltet und genießt! Hoffnung, Sehnsucht und Samen mit vollen Händen in die Wirklichkeit streuend, der auch die engste Platte und die Scholle Weltraum ist, sich selbst als ein wingiges Glied des Kosmos fühlend, immer höher schwebend im Wechsell der Tage, Jahre und Jahrhunderte, die sich folgen in aller Klarheit und Würde. Der brennt das Holz, die Seele bleibt moen, predigt er sich und den anderen, durchdrungen vom höchsten Bewußtsein seines Menschentums. Das Buch, das von Frau und Kindern und stürzenden Gesellen innig und doch auch trüblich zu erzählen weiß, breit und tief bis ins Schwachpfe paubert und die Riv.ner Burgunder-

erde inbrünstig liebend umarmt, ist auch für den deutschen Leser ein Geschenk. Ein Buch, das ehrlich ist und ohne Anspruch, die Welt umzuwandeln, ein fröhliches Buch, das über das Leben lacht, weil ihm das Leben gut erscheint. So mag es uns auch in ersten, schweren Zeiten ein geruhvoller Freund sein. Es mahnt uns, alle Annehmlichkeiten innerer und äußerer Art zu zerbrechen und uns ohne Herren stark auf uns selbst zu stellen. Die Ueberzeugung von Erna Grautoff (Verlag Rütten u. Löning, Frankfurt a. M.) konnte nicht leicht aller Schwierigkeiten des Rundartliche Herr werden, vermeidet nicht immer Eintöniges und Ranzigkeit hält sich aber im ganzen in einem gut lesbaren und dem Origin angenäherten Stil. E. B.

## Vom Amsterdamer Mahler-Jah.

Amsterdam, 18. Mai.

Auf Veranlassung des Niederländischen Sozialistenkongress „Get Volk“ sind die Mahler-Festkonzerte in glanzvollen Generalproben auch dem besitzlosen Stand zu geringen Eintrittspreisen zugänglich gemacht worden. Dieses Zugeständnis erweitert den Charakter des internationalen Zusammenrundes nach sechs Jahren sinnloser Anfeindung und Verachtung, formell zu einer Vereinheitlichung über Nation und Stand hinaus. Erscheint im Lande der Gudenaristokratie die „Klassengleichberechtigung“ auch noch recht konventionell, so ist der völkerverwöhnende Einfluß der Amsterdamer Musikfestlichkeiten vom sozialistisch-internationalen Standpunkt sehr zu begrüßen. In der gesamten ausländischen Presse wird der Name Gustav Mahlers ausleuchtet, und das geistige Gut wird zum Windgeld einer seelischen Völkerverbrüderung, die auch der politischen Auswicklung nicht entbehrt. Alfredo Casella, der Führer der jungitalienischen Futuristen, betonte nachdrücklich in einer allgemein durchdringenden Ansprache die internationale Tragweite des Amsterdamer Musikfestes und huldigte Holland als das gesegnete, gottreiche Gebiet, auf dem die seelische Vermählung völkerverwöhnender Verhängung zum ersten Male sichtbar Frucht zu tragen beginnt. Im Abgang Mahlers, seines geprüften Freundes — so sprach er mit Begeisterung — fanden sich Menschen der entgegengelegten Nationen zu einer kunstüberbrückenden Gemeinschaft zusammen, und Begriffe wie „Verbündete“ und „Neutrale“ verdröben in dieser Umgebung ihren schauerlichen Zusammenhang mit Sach und Bruderwort.

Ueber die geschichtliche musikalische Bedeutung der Amsterdamer Feiertlichkeiten, über die Leistungen Wilhelm Mengelbergs, des verdienstvollen Führers des Concertgebou-Orchesters und des Chordirektors „Koonink“, über das unvergängliche Schaffen Mahlers (nach dem erschütternden Gesamteindruck seiner Werke ge-

# Wichtige Wahlkdaten

Zur bringenden Beachtung für die Organisationsleiter!

Spätestens am 23. Mai;

Erklärung der Verbindung mehrerer Reichslisten miteinander. Verbindung: müssen an die Reichslisten angeschlossen sein. (S. 15 des Gesetzes.)

Spätestens am 27. Mai;

Erklärung des Anschlusses an die Reichsliste, sonst bleiben die Reichslisten des Reiches unberücksichtigt. (S. 16 des Gesetzes.)

## Die Reichslisten der Parteien.

### Die Reichssozialisten.

Die von der rechtssozialistischen Reichssozialisten angelegte Kommission veröffentlicht folgende Reichsliste:

1. Wels, Otto; 2. Juchacz, Marie; 3. Schmidt, Robert; 4. Dr. jur. Radbruch; 5. Schilde, Alexander; 6. Schulz, Heinrich; 7. Steinlopf, Willi; 8. Brunner, Louis; 9. Gradnauer; 10. Pfaff, Antonie; 11. Stampfer, Friedrich; 12. Franz I., Max, Dortmund; 13. Dr. med. Großhans, Alfred; 14. Klebe, Hermann; 15. Höpmann, Erich, Stuttgart; 16. Sacke, Hermann; 17. Dr. phil. Lohmann, Richard; 18. Dr. Quast, Max; 19. Haack, Fritz, Reutlingen; 20. Schäfer, Valentin, Saarbrücken; 21. Rogur, Theodor; 22. Rappenstein, Simon; 23. Hörs, Elise, Stettin; 24. Kaufmann, Oscar, Weidach, Berlin; 25. Horlacher, Leonhard, Münster; 26. Rydal, Jens, Reutlingen, Stadtschulinspektor; 27. Wolke, Richard, Eberfeld; 28. Rodahl, Gertrud; 29. Rudolph, Hermann, Duisburg; 30. Höring, Otto, Magdeburg; 31. Treu, Martin, Nürnberg; 32. Dill, Hans, Reckheim; 33. Dietrich, Karl, Breslau.

Diese Liste enthält zwar nicht die Namen von Roske und Heine, von denen Heine hofft, sie später im Parlament wiederzusehen, dafür aber eine Reihe anderer Leute, denen ihre frühesten Wähler nicht mehr das Vertrauen entgegenbringen, um sie in den Reichstag zu entsenden, und einige andere, deren Wiederwahl auch sehr zweifelhaft ist. Gewiss zu werden verdient, daß Heine die Kandidatur des Reichsprofessors Radbruch damit begründet, daß er der „bekannte Bekämpfer der Todesstrafe“ sei.

Was hat er dann wohl in dieser Fraktion zu suchen, die durchaus nichts dagegen einzuwenden hat, daß ihr früheres Oberhaupt Todesurteile vollstrecken läßt?

### Die Reichslisten der bürgerlichen Parteien.

An der Spitze der Reichsliste der Demokraten steht außer dem Vorsitzenden der Partei Dr. Peter von der Osten-Däumler. Unter den führenden Namen befinden sich ferner der Reichswehrminister Gehler, Dr. Maria Elisabeth Aders, der württembergische Kultusminister Dr. Heber und Dr. Kleinert.

Auch die Deutsche Volkspartei veröffentlicht namentlich ihre Reichsliste. An erster Stelle stehen die vier bisherigen Abgeordneten Steinhilber, Frau Rende, Professor Kahl und Duffke. Außerdem kandidiert für die Industriellen-Partei auch Hugo Stinnes und der altdeutsche Chefredakteur Heinrich Nippert.

In der Spitze der Deutschnationalen Partei steht Staatsminister Hergt, hessischer Kultusminister Dr. Dörmann, der Reichsminister für die Reichsliste sammelt, u. a.:

## Elf Listen im Wahlkreis Potsdam II.

Bei der Prüfung der eingereichten Kandidatenlisten durch den Wahlprüfungsrat des Wahlkreises Potsdam II (Teltow-Brandenburg) hat sich herausgestellt, daß nicht weniger als 11 Parteien Kandidatenlisten eingereicht haben, und zwar sind dies: die Unabhängige Partei, Reichssozialisten, Kommunisten, Deutsch-Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalistische Partei, Christliche Volkspartei. Zu diesen bekannten Parteien kommen noch folgende Gruppen und Verbände, die offenbar Einzelkandidaten für ihre Reichsliste sammeln wollen, u. a.:

- 1. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 2. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 3. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 4. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 5. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 6. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 7. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 8. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 9. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 10. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)
- 11. Die „Freie Arbeiterpartei“ (Freie Arbeiterpartei)

In der Staatsoper zeigte sich gestern das Ballett in neuen Aufgaben. Zur Musik von Gluck erstarrte symbolische Gruppenläufe „Das Licht“ in farnstropher Helle, doch war choreographisch noch nicht alles gerundet. Auch in den Charakterisierungen zur Musik Rubinskis „Kostümball“ konnte man den künstlerischen Willen des neuen Ballettleiters Adlers anerkennen, aus dem alten Schandian herauskommen und, unterstützt von den dekorativen Künsten der Oper, zu höherer Kunstfertigkeit überzuleiten. Man bläse die Staubwolken der alten Ballettleiter völlig weg und bringe weiter vor zu den unerschöpflichen Ausdrucksmitteln natürlichen Tanzes, wozu es an sich und (an dieser Stelle) teilweise können Ansätze nicht fehlen. Eine vortreffliche Neueinstudierung von Leo Blechs einaktiger Oper „Der Flegel“, die unter Leitung des Komponisten ihre oft erprobte volkstümlich heitere und echt künstlerische Wirkung ausübte, füllte den Abend. — Am 25. Mai gelang in szenischer und musikalischer Neugestaltung „Uppigen auf Tauris“ mit orchesterlichen Ergänzungen von Richard Strauß unter musikalischer Leitung Max von Schilling und Anfang Juni erstmalig „Saharazade“, Oper von Bernhard Selts, zur Aufführung.

Im Deutschen Opernhaus wurde Succini „Losa“ mit Malibea Salvatini, Rudolf Laubenthal und Rudolf Hofbauer sehr beifällig aufgenommen. Dem lebenshaften Werke des italienischen Dichters wurde die Aufführung unter Stabführung Ignaz Waghalter nach Kräften gerecht, so daß ihr auch hier der äußere Erfolg zueigen werden dürfte.

### Neue Bücher.

Die Gleichungsgleichung im Reich und in Preußen. Zusammenfassung und Erklärung von W. Gollapfel. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter u. Co. Preis geb. 12 M.

Dr. Emil Leberer. Deutschlands Wiederaufbau und wirtschaftliche Neugestaltung durch Sozialisierung. Verlag J. C. W. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen, Bodensee 7 Mark. Zugleich 50 Prozent Berl.-Tourenausgaben.

Georg Postel: Das A-B-C des Sozialismus. Deutsch von J. Hildebrand. Preis 2,50 M. Genossenschaftsverlag der „Neuen Erde“, Wien 1920.

Der Kampf um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht mit Beiträgen der Urworte und Bildern der Angeklagten. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin, Breite Straße 8/9.

Deutsche Volkspartei, und Arbeiterpartei, Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes, Nationaldemokratische Partei, Deutsch-Nationalistische Volkspartei (Weissen).

Arbeiter, Angehörige und Dritte lassen sich durch diese vielen Listen nicht täuschen oder irreführen, sie wählen alle die Liste 1 der Unabhängigen Sozialdemokraten, beginnend mit dem Namen Fritz Juchacz.

## Verfassung und Ausbeutung.

Der Gothein, ökonomische Autorität der Demokraten, der höchstens noch mit Herrn Dernburg um die Palme ringt, ist ein erbitterter Gegner der Sozialisierung. Er bringt seine Feindschaft zum Ausdruck in geistreichen Artikeln über Wirtschaftsprüfung, in denen er nicht bloß für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern für die Steigerung der wirtschaftlichen Vormacht des privaten Unternehmertums kämpft. In einigen Artikeln im „Berliner Tageblatt“ beklagt er die gewaltige Preissteigerung, besonders für Rohstoffe, und die sich daraus ergebende Erhöhung der Produktionskosten. Er sucht nach Wegen zur Besserung, ohne zu sehen, daß die Steigerung der Rohstoffpreise sich einfach durch die Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise hervorgerufen wird, eine Erscheinung, die sich aus dem Gesetz der Preisbildung ergibt, wenn eine kapitalistische Weltwirtschaft unterworfen ist. Er erklärt, daß diese Preissteigerung aufgehalten werden müsse, wozu jedoch die bisherigen Versuche zur Bildung gemeinwirtschaftlicher Körperschaften völlig unbrauchbar wären. Weder Arbeitervereine noch Gewerkschaften oder ähnliche Einrichtungen könnten das Fortschreiten der Preissteigerungen aufhalten. Diese Wirkung schreibt er aber Trübsal unter Reichsführung und Reichsbeteiligung zu, die er deswegen zunächst für Kohle und für weitere Produktionszweige dringend empfiehlt.

Ganz abgesehen davon, daß der Mann mit seinem Vorschlag einer Fusion verfehlt, ist dieser Vorschlag um deswillen bemerkenswert, weil in ihm das wirtschaftliche Programm des demokratischen Großkapitals zum Ausdruck kommt. Die Vertiefung der Industrie bedeutet die völlige Unterordnung der gesamten Wirtschaft unter eine geringe Zahl gewaltiger Kapitalmagnaten, und der Reichseinfluß, der nach Gotheins Vorschlag herbeigeführt werden soll, würde nicht in gemeinwirtschaftlichen, sondern lediglich im bürokratisch-fiskalischen Sinne stehen. Die Verwirklichung des Vorschlags Gotheins würde einer wirklichen Sozialisierung noch weit größere Hindernisse in den Weg legen, als die Planwirtschaftsorganisationen, die heute bestehen.

Dieses ist aber erst die eine Seite seines Programms. Die andere wird gekennzeichnet durch einen Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Nur gesteigerte Warenproduktion vermöge zu helfen, aber diese Warenproduktion ist nicht zu erstreben durch eine Verbesserung der Technik und rationellere Gestaltung der Arbeit in den einzelnen Produktionszweigen, sondern durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Gothein spricht sich gegen „bloße Lohnverhöhnung“ aus, da man Papiermarkt nicht essen könne, sagt aber nicht, auf welche Art er die ausreichende Ernährung des arbeitenden Volkes anders gewährleisten will. Dagegen erklärt er, daß Streiks die Produktion mindern und daß sie deswegen zu verurteilen und zu verhindern sind.

Vertiefung der Wirtschaft, also Verflachung des gesamten arbeitenden Volkes durch eine Minderheit von Industrieländern, und Streikverbote, also Schmälerung des Rechts der Selbsthilfe der Arbeiterklasse gegen die von Gothein empfohlene verschärfte Ausbeutung — das ist das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm der Demokraten, was sich Vertreter und Angestellte zum 6. Juni werden mögen.

## Man den Spuren der Mördergeheule.

### Tamschid als Betrüger.

Die Königsberger Anwaltskanzlei Keffel, die lange Monate im Kriminalgericht Moabit hause, hat sich nicht nur mit der Verfolgung und Aufklärung der Verbrechen von Arbeiterführern beschäftigt, sondern sie hat auch noch die Besatzung und die Schiedungen zu bereiten gesucht. Und sie hat sich auf diesem Gebiete ebenso unerbittliche Verdienste erworben, wie auf politischem. Im Prozeß vor dem Schöffengericht Berlin-Ritte leuchtete sie in den Stunden dieser Gesellschaft hinein, die sich gegen die Hof des ehemaligen Ministers Heine und des Reichspräsidenten Ernst erworben hatte. Angeklagt war der Kaufmann Insel und der Postbeamte Vogel, zwei völlig unbescholtene Männer, die Salvarianan verabschieden haben sollten. Tamschid ist dieses Salvarianan dem verabschiedeten Prinz im Palastbesitz beschuldigt und bei Vogel untergestellt worden, was dann von Tamschid, der rechten Hand Keffels, erneut mit Beschlag belegt und dann — verurteilt wurde. Der als Zeuge vernommene Kriminalwachmeister Kutz behauptete darüber das folgende:

„Während der Anwesenheit im Schloss v. B. habe ich eine mit allerlei Ausmaßen besetzte Clique getroffen, die unter dem Vorzeichen, Spartakisten zu verhaften, Beschuldigungen vorbrachte. Dieser Clique gehörten folgende Personen an: der vielbeschuldigte frühere Detektiv Vater, wozu den zugeht ein halbes Jahr, der wegen verschiedener Verbrechen als unbeschuldig aus dem Dienst entlassen wurde. Kriminalwachmann Tamschid, der Dorensch erschossen habe, und der jetzt als Inspektor der Sicherheitsbehörde in Charlottenburg sei und sich selbst als „Organisator“ der Sicherheitsbehörde in Ostpreußen ausbeutet. Ferner gehörte der fast am bekannte und häufig verurteilte Prinz dazu und schließlich ein Mann mit einem Monokel herumlaufender Herr namens Kannhoff, gegen den ebenfalls zugeht ein Verurteilungsverfahren. Tamschid habe es unter anderem fertig gebracht, die beiden letzten Angeklagten, nachdem sie von dem außerordentlichen Kriegsgericht als unschuldig aus der Haft entlassen worden waren, sofort ohne Auftrag wieder zu verhaften mit dem Zweck, daß die beiden Leute über einen Monat unbeschäftigt in Untersuchungshaft seien.“

Die Beschuldigungen waren aus guten Gründen nicht erachteten. Die völlig unbeschuldigten Angeklagten wurden freigesprochen. Was wird aber gegen die wirklichen Schuldigen, was wird vor allem gegen Tamschid unternommen? Wir haben im Verlauf des letzten Jahres wiederholt festgestellt, daß dieser Mann ein gerichtlicher Verbohrer ist, daß er neben Salvarianan auch Autoritäten, Lebensmittel und Perestrojka „beschuldigt“ und den Größten für seine Taten verantwortlich hat. Wir haben vor allem nachgewiesen, daß dieser Bauer und Betrüger aufsteigend die Genossen Dorensch und Leo Juchacz nicht auf der Spur gebracht hat, sondern rechtlich ertrug hat. Tamschid lag er nicht gegen uns, auch keine vorerledete Wende die Krawalle sich aus, und mehr noch:

der Würder und Verbohrer wurde auf Anordnung des Reichspräsidenten Ernst und des Ministers Heine zum Leutnant befördert. Heute sitzt er in Ostpreußen und organisiert — die „Sicherheits“-Polizei!

## Der Streik in Frankreich.

### Protest der Gewerkschaftsinternationale.

Paris, 20. Mai.

Wie der „Temps“ mitteilt, hat Konstantin Renard dem gegeben, daß die gewerkschaftliche Internationale bei Ministerpräsident Millerand gegen die Strafverfolgungen gegen den französischen Gewerkschaftsbund Protest erhoben hat.

### Die Kammerdebatten.

Die Debatte in der Pariser Kammer über die Streikbewegung wird fortgesetzt. In der gestrigen Sitzung verteidigte der Genosse Cachin das Vorgehen des französischen Gewerkschaftsbundes. Die Streikenden hätten eine ruhige und würdige Haltung eingenommen trotz des herausfordernden Benehmens der Eisenbahngesellschaften und der Regierung. 4000 Arbeiter seien ungeschicklich entlassen worden. Den sozialistischen Municipalverwaltungen habe man das Postzeitrecht genommen.

Minister des Innern Steeg verwahrte sich dagegen, daß das Verhalten der Regierung herausfordernd gewesen sei. Sie habe lediglich den öffentlichen Dienst sichergestellt. Die Regierung habe die Streiks nicht vernichten wollen, sie habe nicht die öffentliche Gewalt in den Dienst der Unternehmer gegen die Arbeitnehmer gestellt, sondern in den Dienst des höheren Interesses der Nation, das in der kapitalistischen Staatsordnung und nach Auffassung der Minister des Klassenstaates identisch ist mit dem Interesse der Kapitalistenklasse. Letzten Endes aber habe sie sich gegen den Bürgerkrieg gewendet.

Englische Gewerkschafter in Moskau. Die Delegierten der englischen Gewerkschaftsorganisation sind gestern in Moskau angekommen und wurden von den Volksbeauftragten empfangen. Im Bahnhof waren Ehrenwachen aufgestellt, große Volksmengen mit roten Fahnen begrüßten die Gäste.

Kongress der Weltarbeit. In Paris tagen augenblicklich Delegierte mehrerer Verbände aus Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien, um einen Kongress der Weltarbeit zu organisieren, der vom 20. bis zum 23. Juni in Paris stattfinden soll.

Die Londoner Post, Telegraphen- und Telefonangehörigen haben mit großer Mehrheit den Streik beschlossen. Vor Beginn des Kundstades soll aber noch eine Abstimmung unter den Mitgliedern der Fachvereinigung stattfinden.

## Gewerkschaftliches.

### Annahmen der Firma Wilhelm Grebe.

Die Firma Wilhelm Grebe, Buchdruckerei und lithographische Anstalt, Ritterstr. 50, ist gescheitert. Der Inhaber dieser Firma, Herr Kommerzienrat Pasch, ist ein talentvoller Mann, der noch ganz feudale Gewohnheiten hat. Wegen der dort herrschenden Differenzen wollte er am Montag zwei Preisvertreter — ein Gewerkschaftsvertreter und ein Arbeitgebervertreter der Fachgemeinschaft — sprechen. Herr Pasch lehnte aber jede Verhandlung ab. Darauf trat das Personal zu einer Besprechung zusammen, was Herrn Pasch veranlaßte, das gesamte Personal auszusperrten.

Bei dieser Firma herrschen auch sonst noch sehr alte Gewohnheiten. Es werden dort u. a. auch die Druckfaden der preussischen Regierung — Gesetze, Verordnungen usw. — gedruckt. Wer diese Druckfaden haben will, muß sich an die Firma Grebe wenden. Nun ist es so passiert, daß zwei Buben, die für unsere Redaktion Druckfaden von Grebe abholen wollten, gefaßt wurden, diese seien nicht mehr da. Ein anderer Bube, der verweigert, daß er von der „Freiheit“ kommt, bekam die Druckfaden sofort. Wie kommt die Firma Grebe dazu, jemand die Druckfaden vorzugewahren?

Wir fordern die preussische Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Geschäftsverbindungen mit der Firma Grebe gelöst werden, denn das deutsche Volk, aus dessen Steuern die Aufträge bezahlt werden, hat keine Lust, einem eingebildeten und hochgradig kapitalistischen noch Vorteile zuzuführen.

## Groß-Berlin.

### Das Elend der Arbeitslosen.

Durch das ständige Anziehen der Preise aller Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Bedarfs sind unzählige Arbeiter, trotzdem sie in Arbeit stehen, nicht imstande, für sich und ihre Familienangehörigen ein einigermaßen erträgliches Auskommen zu schaffen. Die höchsten Lebensmittel, die es auf Märkten gibt, können von außerordentlich viel Mitteln nicht gekauft werden, weil das Geld nicht ausreicht. Von Reuenschaffungen für Bekleidung usw. kann man gar keine Rede sein. So liegen die Verhältnisse in vielen Familien, deren Ernährer in Arbeit steht. Unvergleichlich ist jedoch das Elend der Arbeitslosen und deren Familien. Von Tag zu Tag steigt die Not. Die Schuhe sind gerissen, die Kleider sind nur noch Lumpen. Unermessliche ist Hunger und dazu der Hunger, der ständige Hunger, der in den Eingeweiden wühlt.

Wir haben über die Demonstration der Arbeitslosen am 18. d. M. bereits berichtet, auch davon, daß eine Delegation zu dem maßgebenden W. Weber geschickt worden war. Die Arbeitslosen fordern eine Erhöhung der Löhne um 50 Prozent für alle, die länger als drei Monate arbeitslos sind, Befreiung von Steuern und eine Wirtschaftskasse von 200—400 Mark und Kinderzulagen.

Auch die Erfüllung dieser Forderungen würde nicht mehr als ein Tropfen auf einem heißen Stein, denn das herrschende Elend ist zu groß.

Wir warnen dringend die Regierung, ihre Ohren den Forderungen der Arbeitslosen zu verschließen. Die Folgen wären nicht auszubedenken. Die jetzige Haltung der Arbeitslosenunterstützung ist absolut unzureichend. Grundrührendes Mangel an der ganzen Materie ist notwendig, denn das Elend und die Not werden nicht aus der Welt geschafft, wenn die Arbeitslosen einige Pfennige mehr erhalten.

Nebe aber als Verbesserung der Unterstützung ist notwendig die Verhinderung der Unterstützung. Dies müssen alle gangbaren Wege beschritten werden.

